

WARNSTREIKAUFRUF

**„In Höhe und Struktur eines möglichen Abschlusses
liegen wir komplett auseinander!“**

Die erste Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen am 26. Februar 2018 in Potsdam verlief wenig überraschend: Die Arbeitgeber waren nicht bereit, ein Angebot vorzulegen! Stattdessen bezeichneten sie unsere Forderungen wieder einmal als „viel zu viel“ und „nicht bezahlbar“. Dabei könnten die Rahmenbedingungen kaum besser sein: Die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen von Bund und Kommunen steigen Jahr für Jahr. Jetzt geht es darum, dass die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für ihre hohe Leistungsbereitschaft auch ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung erhalten. Es geht darum, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten und den Abstand gegenüber der Lohnentwicklung in der Gesamtwirtschaft zu verringern! Nur so bleibt der öffentliche Dienst attraktiv für Nachwuchs- und Fachkräfte, um seine gesellschaftlich wichtigen Leistungen weiter auf hohem Niveau anbieten zu können!

Deshalb fordern wir:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 6 Prozent, mindestens um 200,- Euro
- Erhöhung der Auszubildendenvergütungen und Praktikantenentgelte um 100 Euro
- Laufzeit: 12 Monate
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- Tarifierung der bisher nicht tariflich geregelten Ausbildungs- und Praktikantenverhältnisse
- Anhebung des Nachtarbeitszuschlags in Krankenhäusern auf 20 Prozent

**Für die Durchsetzung dieser Forderungen müssen wir
gemeinsam unsere Entschlossenheit zeigen!**

**Wir rufen alle Tarifbeschäftigten, Auszubildenden und
Praktikant/-innen bei Stadt Köln, Ämter 66 und 67**

**am Mittwoch, den 07. März 2018
ab Dienstbeginn bis 09:00 Uhr
zum Warnstreik auf!**

Treffpunkt ab 06Uhr:

**Vor den Toren des Bauhofes Frankfurter Straße 350, 51103 Köln
oder**

Vor den Toren des Bauhofes Stollberger Straße 11, 50933 Köln